

**Kantonsrat**

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24  
 4509 Solothurn  
 Telefon 032 627 20 79  
 Telefax 032 627 22 69  
 pd@sk.so.ch  
 www.parlament.so.ch

I 009/2006 (DDI)

**Interpellation Fraktion CVP/EVP: Einsatzdoktrin der Polizei verunsichert die Bevölkerung und wirft Fragen auf (24.01.2006)**

Ende Dezember letzten Jahres wurde gemäss Pressemeldungen ein 27-jähriger Autofahrer von einer Gruppe Jugendlicher tödlich angegriffen und niedergeschlagen. Die verständliche Reaktion des Angegriffenen: Anruf bei der Polizei! Er wurde aufgefordert vorerst beim Tatort zu bleiben, da zur Zeit alle drei Polizeipatrouillen im Einsatz seien. Später rief man ihn an, richtete ihm aus, dass man nicht mehr kommen könne und bat ihn dann, sich am Dienstag, also vier(!) Tage später, auf dem Polizeiposten zu melden. Der Angegriffene erkannte aber noch am gleichen Abend bei der Reithalle Solothurn eine am Angriff beteiligte Person und meldete dies einer zufällig anwesenden Polizeipatrouille. Diese wollte aber ebenfalls nichts unternehmen.

Nachdem man in letzter Zeit immer wieder ähnliche Gerüchte hörte, allerdings ohne genaue Zeit-, Orts- oder Personenangaben, ist es jetzt bereits zum zweiten Mal innert kurzer Zeit in der Presse offiziell bestätigt worden, dass die Polizei trotz telefonischer Bitte um Hilfe nicht ausgerückt ist, bzw. nichts gegen Gesetzesbrecher unternommen hat. Anders als beim letzten Mal, als die röm.-kath. Kirchgemeindeleitung Solothurns um Hilfe bat, weil die Kirchgänger nicht mehr sicher den Abendgottesdienst besuchen konnten, lautete diesmal die Begründung für die Nichthilfe, es seien alle Patrouillen besetzt. Man darf sich nicht vorstellen, was nun hätte passieren können, wenn der Angegriffene ein paar Kollegen aufgeboten hätte, um die Sache «unter Männern» zu bereinigen! Beispiele aus der Vergangenheit belegen, dass das keine unsinnige Annahme ist und solche «Aufgebote unter Freunden» mittels Handy in wenigen Minuten befolgt werden.

Unter der Bevölkerung des Kantons Solothurn machen sich Verunsicherung und Unverständnis über das Verhalten der Polizei bemerkbar. Auf der einen Seite werden Parkbussen an allein auftretende Autobesitzer verteilt, auch wenn die Zeitüberschreitung weniger als 10 Minuten beträgt oder sogar belegbar nur eine falsche Nummer des Parkplatzes eingetippt wurde. Selbstverständlich geschieht das ordnungs- und gesetzesgemäss und hat deshalb auch seine Richtigkeit. Aber auf der andern Seite scheut man sich, das Recht durchzusetzen, nur weil die Gesetzesbrecher zahlenmässig überlegen sind.

Deshalb erlauben wir uns, dem Regierungsrat folgende Fragen zu stellen:

1. Waren die Medienberichte über die beiden Fälle «röm.-kath. Kirchgemeinde Solothurn» und «Dezemberabend» korrekt oder sind aus Sicht der Kantonspolizei (ev. nach Rücksprache mit der Stadtpolizei) Berichtigungen nötig?
2. Scheinbar waren am fraglichen Dezemberabend nur drei Polizeipatrouillen im Einsatz. Wie beurteilt der Regierungsrat die Einsatzbereitschaft der Polizei allgemein und speziell an Wochenenden?

3. Das Verhalten der Polizei (Nichtausrücken etc.) zwingt zukünftige Angegriffene beinahe zu «Selbstjustiz». Welche (Sofort-) Massnahmen will der Regierungsrat ergreifen, um es auf gar keinen Fall soweit kommen zu lassen?
4. Zufällig sind bei beiden hier angeführten Beispielen Stadt- und Kantonspolizei tangiert gewesen. Wann ist bei Hilferufen aus dem Gebiet der Städte die jeweilige Stadtpolizei zuständig und wann die Kantonspolizei? Wie sieht diese Regelung an Wochenenden, Feiertagen und speziellen Anlässen (Chilbi, Fasnacht, HESO, etc.) aus?
5. Wie entkräftet der Regierungsrat die zahlreich und laut geäusserten Bedenken, dass die Polizei vor allem bandenmässig ausgeübte Gewalttaten oder das bandenmässige Nichtbeachten von gesetzlichen Vorschriften – schon im Ansatz – zu wenig energisch bekämpft?
6. Wie beurteilt der Regierungsrat den Schaden, den solche Fälle bei Jugendlichen anrichten, denen in mühseligen Präventionslektionen gelehrt wird, dass Gewalt bestraft wird, dass der Staat den Schutz der Bürger gewährleistet und es sich lohnt einander zu helfen (Zivilcourage), wenn sich nicht einmal mehr gut ausgebildete Polizisten getrauen, ein paar Jugendliche nach dem Namen zu fragen?
7. Ist der Regierungsrat bereit, die von der CVP eingebrachten und von SP und SVP unterstützten Planungsbeschlüsse, die u.a. eine verbesserte polizeiliche Präsenz vorsehen, sofort umzusetzen (z.B. mit mehr Patrouillen, Anpassung der Einsatzdoktrin von Kapo und StaPo etc.), vor allem auch im Hinblick auf die bevorstehenden Fasnachtstage?
8. In einem Zeitungsbericht über den Fall «Dezemberabend» hat die Kantonspolizei den unglücklichen Vorfall bedauert. Wäre hier nicht eine persönliche Entschuldigung der Polizeiverantwortlichen beim betroffenen Bürger angebracht gewesen, bzw. ist eine solche ev. schon erfolgt?

Es wird Dringlichkeit beantragt.

*Begründung (24.01.2006):* Im Vorstosstext enthalten.

*Unterschriften:* 1. Roland Heim 2. Pirmin Bischof 3. Thomas A. Müller, Chantal Stucki, Alfons Ernst, Kurt Friedli, René Steiner, Konrad Imbach, Rolf Späti, Jakob Nussbaumer, Theophil Frey, Edith Hänggi, Hans Ruedi Hänggi, Andreas Riss, Hans Abt, Willy Hafner, Martin Rötheli, Beat Allemann, Kurt Bloch, Urs Allemann, Urs Weder, Stefan Müller. ( 22 )